

Die Entwicklungen und Ereignisse während der letzten Monate und Jahre, stellen uns vor neue Anforderungen.

In dieser Zeit, die vielen als eine Zeitenwende erscheint, zeigt sich auch, dass die Politik in der vernetzten, von wirtschaftlicher Globalisierung geprägten Welt an Bedeutung gewinnt, was aber nicht gleichsam bedeutet, dass die Menschen auch der Politik vertrauen. Eine verantwortliche und zukunftsweisende neue Gewerkschaftspolitik ist daher notwendig. Die zentrale Anforderung an jede politische Kraft, die den Anspruch erhebt, den ÖGB sicher in die Zukunft zu führen.

Die Entscheidungen für die Arbeitswelt von morgen werden heute gefällt.

An diesen Entscheidungen wollen wir mitwirken.

Wichtigste Grundlage für unser Programm und unsere Politik ist das soziale Verständnis vom Menschen. Wir verstehen den Menschen als Geschöpf, frei und selbständig, zugleich verpflichtet zur Solidarität mit den Schwachen und bestrebt, Gerechtigkeit zu verwirklichen. Durch dieses Verständnis vom Menschen unterscheidet sich die ARGE wesentlich von anderen Gruppen im politischen Wettbewerb. Wir sind offen für andere politische Überzeugungen und Zukunftsentwürfe. Vielfalt macht unsere freie Gesellschaft aus. In ihr kann jeder einzelne an der Gestaltung seines Lebens und seiner Umwelt mitwirken. Die Einsicht in die eigene Unvollkommenheit verbietet den Anspruch, die einzig richtige Meinung zu vertreten. Wir sind überzeugt und verpflichten uns dazu, dass die Würde jedes Menschen unantastbar ist. Deshalb dürfen Nützlichkeitsabwägungen nicht über den Menschen gestellt werden.

Dem Einzelnen wollen wir Eigenverantwortung als Selbstverständnis übertragen. Zugleich muss Verlass darauf sein, dass einen die Solidargemeinschaft auffängt, wo man sich nicht selber helfen kann.

Subsidiarität und Solidarität.

### **Angebot zu politischen Mitgestaltung**

Die ARGE bringt Denkansätze und Vorstellungen der Arbeitnehmer in die politische Auseinandersetzung ein. Sie ist Sprachrohr innerhalb der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und zugleich ein Motor zur politischen Mitgestaltung im ÖGB.

### **Vertretung von Arbeitnehmerinteressen**

Wir arbeiten für eine breite Beteiligung aller Generationen auf gewerkschaftlichen sowie auf Personalvertretungsebenen. Wer in politischen Wohlverhalten verharret, um durch Anpassung Karriere zu machen, hat in der ARGE keinen Platz.

### **Grundüberzeugungen**

Wir sind eine selbständige, unabhängige Organisation.

Wir sind

- Liberal, weil wir für die Rechte des Arbeitnehmer und seine Freiheit eintreten;
- Sozial, weil wir uns für alle Menschen, vor allem für die Schwächeren einsetzen;
- Konservativ und fortschrittlich, weil wir Bewährtes nur durch Neues ersetzen wollen, wenn wir das mögliche Neue als besser erkannt haben. Damit unterscheiden wir uns von Revolutionären und Reaktionären. Weder dauernder Wandel noch starres Festhalten am Überkommen sind für uns Selbstzweck.

### **Motor der Erneuerung**

Wir wollen Motor einer politischen und personellen Erneuerung in den Gewerkschaften sein. Wir vertreten unsere Vorstellungen auch dann, wenn sie mit anderen kontrovers gegenüberstehen. Wir lehnen es ab, unsere Politik von Vorwand der Einheit und Geschlossenheit bestimmen zu lassen.

In der Gewerkschaftspolitik ist es höchste Zeit das Steuer in die Hand zu nehmen.

Wir die Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Gemeindebediensteter nehmen auch die Ängste und Befürchtungen ernst, die viele Menschen mit dem Wandel und der Globalisierung verbinden. Umso wichtiger ist es für uns, den Wandel zu kontrollieren und wenn notwendig politisch gegenzusteuern. Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftsfraktionen haben einiges an Glaubwürdigkeit verloren. Personalpolitik braucht aber glaubwürdige Mittler zwischen Bediensteten und Dienstgeber. Nur die Wiederherstellung des Vertrauens der Gewerkschaftsmitglieder in Politik und in die Gewerkschaftsfraktionen sichert letztendlich das Überleben des ÖGB.

### **Offen und kritisch – nach innen und außen**

Wer politische Standpunkte entwickelt, muss offen sein gegenüber Menschen mit anderen Ideen und Erfahrungen. Nur wenn wir uns als gesprächs- und lernfähig erweisen, werden wir in der Lage sein, neuen Entwicklungen ohne Vorurteile zu begegnen. Wir wollen Erfahrungen und Ideen aufgreifen, auf ihre Erfolge hin überprüfen, wollen Alternativen in Anbetracht ihrer Konsequenzen, Vorzüge und Risiken gegeneinander abwägen und an unseren Grundüberzeugungen orientierte Lösungsvorschläge entwickeln. Innerhalb der ARGE hat für uns die Freiheit jedes Mitglieds zur eigenen Meinung und zur Gewissensentscheidung Vorrang vor der Rücksichtnahme auf die Geschlossenheit des Vereins.

Mit der Bereitschaft, eigene Positionen in Frage zu stellen, sind wir, die ARGE, die Alternative zu den dogmatisch festgelegten Bewegungen von links und rechts.

### **Wir brauchen Zukunftsentwürfe**

Die verantwortliche Gestaltung einer menschenwürdigen Arbeitswelt erfordert mehr als die Fortschreibung des Gestern und Heute. Unsere Arbeitswelt braucht Zukunftsentwürfe. Auf

die Verwirklichung dieser Entwürfe müssen wir hinarbeiten. Auch wenn sich Wunsch und Wirklichkeit oft widersprechen, kann die Wirklichkeit nur verändern, wer Ideale hat.

### **Unantastbarkeit der Menschenwürde**

Alle Menschen haben die gleiche unantastbare Würde, unabhängig von ihrer Verschiedenartigkeit, ihrer einzigartigen Prägung durch Erbanlagen und Lebensumstände, ihrem Geschlecht, ihrer Rasse, ihren Überzeugungen, ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit.

### **Solidarität zwischen allen**

Freiheit steht in untrennbarem Zusammenhang mit Solidarität. Solidarität ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen und verlangt, den einzelnen gegen Gefahren abzusichern, die er allein nicht bewältigen kann. Hilfe soll, wo immer möglich, auf Selbsthilfe und eigenverantwortliche Lebensgestaltung abzielen. Jeder ist im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit verpflichtet, dazu beizutragen, dass die Gemeinschaft aller dem einzelnen helfen kann.

Solidarität verlangt mehr als die Kampfgemeinschaft derer, die ein gemeinsames Interesse gegen andere vertreten. Wir brauchen Solidarität zwischen allen Menschen, gerade zwischen denen, die unterschiedliche Interessen haben.

Solidarisches Handeln muss die Anliegen derer einbeziehen, die über keine lautstarken Vertreter verfügen.

Die Wahrnehmung eigener Interessen darf nicht ohne Rücksicht auf die Belange und Bedürfnisse anderer erfolgen.

### **Gleichheit vor dem Gesetz und Chancengerechtigkeit**

Aus der Gleichheit aller Menschen in ihrer Freiheit und Würde folgt das Gebot der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit fordert Gleichheit vor dem Gesetz, aber auch Chancengerechtigkeit: Alle müssen die Chance haben, sich entsprechend ihren Anlagen, Fähigkeit, Neigungen und Leistungen entfalten zu können. Chancengerechtigkeit verbietet Gleichmacherei und verlangt die Anerkennung persönlicher Anstrengung des Leistung.

### **Gleiche Chancen für Frauen und Männer**

Frauen sind trotz des Gleichstellungsgebotes in Ausbildung, Beruf und gesellschaftlicher Stellung noch immer benachteiligt. Die gesellschaftliche Teilung in Erwerbsarbeit und Teilhaben am öffentlichen Leben als Männersache einerseits und in Haus- und Familienarbeit als Aufgabe der Frauen andererseits diskriminiert nicht nur die Frauen in der Gesellschaft und Familie, sondern vernachlässigt zudem die Bedeutung der Familienarbeit und Kindererziehung.

Erst wenn das herkömmliche Verständnis von der Rolle der Geschlechter und die daraus erwachsenen Denk- und Verhaltensmuster überwunden sind, können Frauen wie Männer wirklich frei entscheiden, ob sie ihr Leben in der Familienarbeit, in der Erwerbstätigkeit oder in einer Verbindung von beidem gestalten wollen. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, die eine umfassende Wahlfreiheit für Frauen und Männer ermöglichen. Frauen und Männer müssen die gleichen Ausbildungs-, Berufs- und Aufstiegschancen haben und in Gesellschaft und Politik gleichberechtigt mitwirken können. Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden. Eine aktive Gleichstellungspolitik muss vorhandene Benachteiligungen von Frauen abbauen, ohne Quelle neuer Diskriminierung zu sein. Gewalt gegen Frauen ist hart zu bestrafen. Ihr ist mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

### **Bildungsziele**

Bildung muss sich an den ganzen Menschen wenden und sich an den gesellschaftlichen Werten orientieren.

Gleichrangige, gemeinsame Bildungsziele sind:

- Persönlichkeitsbildung als Voraussetzung für verantwortete Selbstentfaltung
- Gemeinschaftsorientierte Bildung zur sozialen Mitverantwortung
- Leistungsfähigkeit im Beruf

Bildung umfasst die Vermittlung von Wissen und die Weitergabe von Erfahrung. Insbesondere in der Schule soll vorrangig eine breite und solide Allgemeinbildung vermittelt werden.

### **Weiterbildung und Umschulung**

Bildung muss zunehmend als lebenslange Aufgabe verstanden werden. Der rasche technologische Wandel verlangt vom einzelnen, immer wieder umzulernen und Neues zu lernen. Das fordert aber vor allem auch Staat und Gesellschaft:

Weiterbildung und Umschulung müssen sowohl als öffentliche Aufgabe als auch als Aufgabe der Wirtschaft begriffen werden.

### **Jugendpolitik – Chance der Mitgestaltung**

Viele junge Menschen sehen keinen Sinn in der Mitarbeit in Staat und Gesellschaft. Auf diese Menschen müssen wir zugehen. Politik muss sich generell um Akzeptanz und um Verständnis bei Jugendlichen bemühen. Sie muss die Chance nutzen, die in den Anregungen und der Kritik Jugendlicher enthalten sind. Sie muss Jugendlichen Chance der Mitgestaltung eröffnen und sie zur Übernahme sozialer Verantwortung ermutigen.

### **Neues Verständnis von Arbeit**

Wir brauchen ein neues Verständnis von Arbeit. Arbeit sichert nicht nur die materielle Existenz. Sie ist vielmehr wesentlicher Bestandteil der Lebensgestaltung des Einzelnen.

Der Begriff der Arbeit kann heute nicht mehr nur auf den Bereich der Erwerbsarbeit beschränkt werden. Ihr Wert kann sich nicht nur danach bemessen, wie sie bezahlt wird, sondern auch danach, inwieweit sie dem Menschen und der Gemeinschaft dient. Die Arbeit in Haushalt und Familie, Selbst-, Nachbarschafts- und Nächstenhilfe, sozialen Dienste und Ehrenämtern verlangt viel mehr die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie die Erwerbstätigkeit. Erziehungs- und Pflegeleistungen in der Familie und die Mitwirkung in sozialen Diensten müssen daher stärker als bisher bei der sozialen Sicherung und auch im Steuerrecht berücksichtigt werden. Im Hinblick darauf haben sich auch die Gewerkschaften neu zu orientieren.

### **Solidarität für andere**

Die Sicherung der Würde des Menschen verpflichtet die Gesellschaft zur Hilfe in der Not für jedes ihrer Mitglieder. Soziale Verantwortung heißt einerseits, soweit wie möglich selbst für sich zu sorgen, und andererseits sich stets in Nächstenliebe und Solidarität für andere einzusetzen. Soziale Verantwortung beinhaltet, nicht zuerst zu fragen, was andere für mich leisten können, sondern, was der einzelne für die Gemeinschaft leisten kann.

### **Daseinsvorsorge**

Die Lebensrisiken Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit sowie die Altersvorsorge kann der einzelne nicht selbst tragen.

Hier ist die Gemeinschaft mitverantwortlich und mitverpflichtet. Sie kann dem einzelnen zwar nicht jedes Lebensrisiko abnehmen, muss aber solidarisch mithelfen, es zu tragen.

### **Gestaltung der Arbeitszeit**

Freiheit von Berufswahl und Berufsausübung und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen nach den individuellen Bedürfnissen sind Voraussetzung zur Sicherheit von Freiheit und Würde des Menschen in seiner Erwerbstätigkeit. Wünsche nach individueller Freizeitgestaltung, Weiterbildung und Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sind zu berücksichtigen.

### **Eigenverantwortung und Selbstbestimmung am Arbeitsplatz**

Es entspricht unserem Verständnis von Freiheit und Menschenwürde, dass der einzelne am Arbeitsplatz Eigenverantwortung und Selbstbestimmung verwirklichen kann, auch dort, wo Automation und Technisierung die Arbeitswelt prägen. Dies macht sowohl persönliche als auch institutionelle Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Einzelnen am Arbeitsplatz erforderlich.

Mitbestimmung bedeutet auch Mitverantwortung.